

Teilzeitarbeit attraktiver gestalten

Mit entsprechenden Maßnahmen zu einer qualifizierten Teilzeitarbeit

Die Teilzeitbeschäftigung nimmt an Bedeutung zu, gilt aber im Gegensatz zur Vollbeschäftigung nach wie vor als atypische Beschäftigungsform. Neben Vorteilen wie vermehrter Flexibilität, besserer Vereinbarkeit von Erwerb und Familie sowie der Schaffung von mehr Arbeitsplätzen ist die Teilzeitbeschäftigung auch mit zahlreichen negativen Folgen wie geringerem Einkommen, schlechterer sozialer Absicherung oder geringeren Aufstiegschancen verbunden. Bei einer Teilzeitarbeit handelt es sich in den meisten Fällen um eine weniger qualifizierte Arbeit. Diese Nachteile hindern besonders Männer daran, vermehrt Teilzeit zu arbeiten. Für Frauen hingegen bedeutet das geringere Arbeitszeitausmaß oft die einzige Möglichkeit, Familie und Erwerb vereinbaren zu können. Teilzeitarbeit verstärkt daher die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten am Arbeitsmarkt.

Um die Teilzeitbeschäftigung für Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite attraktiver zu gestalten, sind verschiedene Maßnahmen erforderlich wie etwa der Ausbau ‚qualifizierter‘ Teilzeitarbeit mit Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten und parallel dazu entsprechende Rahmenbedingungen wie ausreichende Kinderbetreuungseinrichtungen, das Recht auf Teilzeit und ein Rückkehrrecht sowie der Abbau geschlechtsspezifischer Einkommensunterschiede. Darüber hinaus sollte auch mehr Informations- und Beratungstätigkeit über Arbeitszeitmodelle geleistet werden.

Diese und weitere vorgeschlagene Maßnahmen sind das Ergebnis einer Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Frauen im Rahmen der Evaluierung des Nationalen Aktionsplans zur Beschäftigung. Für die Studie kamen unterschiedliche Methoden zum Einsatz wie eine Situationsanalyse der Teilzeitarbeit sowie Maßnahmen zur Förderung von Teilzeitarbeit in Österreich und im europaweiten Vergleich. Weiters wurde eine für Österreich repräsentative

Befragung von insgesamt 1193 Personen auf Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite durchgeführt.

Teilzeitarbeit in Österreich und Europa

In Österreich sind mittlerweile über eine halbe Million Menschen teilzeitbeschäftigt, 85 % davon sind Frauen. 20 % der an der Befragung teilgenommenen Teilzeitbeschäftigten arbeiten in höheren oder hochqualifizierten Tätigkeiten, bei den befragten Vollzeitbeschäftigten sind es 35 %. Besonders Frauen haben in einer Vollzeitbeschäftigung bessere Positionen inne als ihre teilzeitbeschäftigten Kolleginnen. Auffallend ist auch, dass niedriger qualifizierte Tätigkeiten im Teilzeitbereich dominieren, obwohl das Bildungsniveau der Teilzeitbeschäftigten dem der Vollzeitbeschäftigten entspricht.

Europaweit gesehen weist Österreich eine der höchsten Konzentrationen von Teilzeitbeschäftigung im Handel auf. Dagegen fehlt es im öffentlichen Sektor (besonders im Gesundheits- und Sozialwesen) an Teilzeitarbeit. Auf Berufsgruppen bezogen herrscht unter den WissenschaftlerInnen ein Mangel an Teilzeitbeschäftigten, während diese bei den Hilfskräften überrepräsentiert sind.

In Europa dominieren zwei Strategien zur Förderung von Teilzeit:

- Aufwertung von Teilzeitarbeit durch Erleichterung des Übergangs zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung
- Ausweitung von Teilzeitarbeit auf Bereiche, in denen bisher Vollzeitbeschäftigung vorherrschend war (z. B. höher qualifizierte Berufe)

Die Förderung von Teilzeitbeschäftigung ist wesentlich von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen

abhängig. Beim Paradebeispiel Schweden wird etwa eine allgemeine Politik zur Gleichstellung der Geschlechter betrieben, außerdem werden Maßnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit zwischen Erwerb und Familie gesetzt. In den Niederlanden sind Voll- und Teilzeitarbeit arbeits- und sozialrechtlich gleichgestellt und es gibt ein allgemeines Recht auf Teilzeit. Am schlechtesten ist die Situation bei der Teilzeitbeschäftigung in Großbritannien.

Bereitschaft zur Teilzeitarbeit gegeben

An der Bereitschaft, Teilzeit zu arbeiten, fehlt es laut dieser Studie von Arbeitnehmerseite her nicht. 40 % der derzeit vollzeitbeschäftigten Frauen und 30 % der vollzeitbeschäftigten Männer können sich vorstellen, auch einmal Teilzeit zu arbeiten. Besonders bei höherem Bildungsniveau und höheren beruflichen Tätigkeiten ist die Bereitschaft für eine Teilzeitbeschäftigung gegeben. Die Mehrheit der Befragten (70 %) spricht sich auch für ein generelles Recht auf Teilzeit aus.

Auf Arbeitgeberseite ist Teilzeitbeschäftigung zwar prinzipiell vorstellbar, die befragten UnternehmensvertreterInnen zeigen aber Bedenken hinsichtlich der Umsetzbarkeit in qualifizierten Tätigkeitsbereichen. Als Hindernisse werden eine geringe Betriebsgröße, Probleme bei der Pflege von Kundenkontakten sowie bei der Sicherstellung des Informationsflusses und der Kommunikation bei Teilzeitbeschäftigten angegeben.

Generell wird auf Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite ein Beschäftigungsverhältnis über 20 Wochenstunden bevorzugt. Bei der Arbeitszeit bevorzugen die ArbeitnehmerInnen den Vormittag, die ArbeitgeberInnen wünschen sich eine Erhöhung der Flexibilität. Die schlechtere Einkommenssituation ist das Hauptargument der ArbeitnehmerInnen, keine Teilzeitarbeit aufzunehmen. Dies betrifft vor allem die Abgeltung von Überstunden. Auch ist Teilzeitarbeit vornehmlich in Branchen und Tätigkeitsbereichen mit vergleichsweise niedrigeren Einkommen verbreitet. Hier wird eine verstärkte solidarische Lohn- und Einkommenspolitik verlangt, mit besonderem Augenmerk auf die Situation von Frauen. Eine weitere Forderung von Arbeitnehmerseite ist die Möglichkeit zur Weiterbildung als zentraler Bestandteil im Rahmen von Teilzeitbeschäftigung.

Attraktiver durch entsprechende Maßnahmen

Die Attraktivität von Teilzeitarbeit für ArbeitgeberInnen könnte durch verschiedene Maßnahmen wie steuerliche Anreize oder der finanziellen Förderung alternativer Arbeitszeitmodelle erhöht werden. Generell fehlt es an Informationen über Vorteile von Teilzeitbeschäftigung und einer konkreten Beratung zur Entwicklung von Arbeitszeitmodellen. Abgesehen davon meint ein Großteil der Befragten, dass Männer als Zielgruppe für Teilzeitarbeit mehr gefördert werden sollten. Als wichtige Voraussetzung dafür werden verbesserte Rahmenbedingungen angegeben. Ein großer Bedarf an Informations- und Beratungstätigkeit besteht auch bei den ArbeitnehmerInnen.

Auf Basis der Situationsanalyse in Österreich und EU-weit sowie der Befragung wurden folgende politischen Maßnahmen geortet:

- Ausbau qualitativ hochwertiger Teilzeitarbeit im öffentlichen Sektor
- Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und die Sicherstellung der Nachmittagsbetreuung von SchülerInnen
- Einführung eines Rechts auf Teilzeit und die Rückkehr in eine Vollzeitbeschäftigung
- Initiativen zur Erhöhung des Anteils der Männer in Teilzeitbeschäftigung
- Förderung individuell existenzsichernder Erwerbs- und Transfereinkommen
- Unterstützung der Betriebe bei arbeitsorganisatorischen Problemen aufgrund von Teilzeitbeschäftigung
- Förderung "selbstgewählter" Arbeitszeiten
- Sicherung betrieblicher Qualifizierung und Aufstiegschancen. | red

IFO
Z
-

Literatur: Nadja Bergmann et al.: Qualifizierte Teilzeitbeschäftigung in Österreich. Forschungsbericht im Rahmen der Evaluierung des NAP. Projekt Teilzeitarbeit und Beschäftigung. Wien 2003.

Kontakt: Mag. Claudia Sorger, L&R Sozialforschung
Wien, Tel: +43-1-595 40 40-20
E-Mail: sorger@lrsocialresearch.at

25.000 Kärtchen für eine bessere Welt

Was sich Kinder und Jugendliche wünschen

Mehr Spielplätze, Frieden statt Krieg, Essen für alle und, dass ihre Eltern mehr Zeit haben - das sind die vier am häufigsten genannten Wünsche von Kindern und Jugendlichen in Österreich. Im Rahmen des Young Rights Action Plan (YAP) zur Umsetzung der von der UNO geforderten Umsetzung der Kinderrechte wurde Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zur Mitsprache gegeben. Auf 25.000 Kärtchen konnten Kinder ihre persönlichen Verbesserungsvorschläge und -wünsche kundtun, 17.732 Kärtchen konnten davon ausgewertet werden.

Durchgeführt wurde dieses Projekt im Auftrag des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (BMSG) am 20. November 2003, dem Internationalen Tag der Kinderrechte.

Geht es nach dem Willen der Kinder, so müsste das Freizeitangebot in Österreich verbessert und ausgedehnt werden. In erster Linie werden mehr Spielplätze in Ballungszentren wie auch am Land verlangt. Kinder und Jugendliche sind sich durchaus bewusst, dass sie Rechte haben und fordern diese ein. Dies kommt durch die zweite Platzierung im Themenranking zum Ausdruck. Das Recht auf Bildung und das Mitspracherecht stehen ganz vorne. Die Bildung bzw. Schule nimmt einen zentra-

len Platz bei Kindern und Jugendlichen ein, auch wenn an zweiter Stelle nach Verbesserungen im Bildungsbereich weniger Schule gewünscht wird. Statt dessen sollten mehr Turnstunden und mehr Freizeit auf der Tagesordnung stehen.

Die Nachwuchs-Österreicherinnen und -Österreicher haben auch ein großes Bedürfnis nach Frieden und Gewaltfreiheit weltweit und hierzulande. Oft genannte Wünsche sind auch die Familie und vor allem, dass die Eltern mehr Zeit haben. Auf dem Land ist der Wunsch nach mehr gemeinsamer Zeit besonders stark. Das Thema Armut weist darauf hin, wie sehr Kinder und Jugendliche auch an andere Menschen denken. Neben den Forderungen nach Essen und Wohnung für alle wünschen sie sich selbst Spielsachen oder Kleidung. Themen, die ebenfalls als wichtig empfunden werden, sind Umweltzerstörung bzw. -schutz, Gesundheit, Verkehr, Gesellschaft, Kinderbetreuung etc. | red

INFO

Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (Hrsg.):
Nichts für uns - ohne uns! Wir wollten es genau wissen! Ergebnisse einer Kinder- und Jugendbefragung im Rahmen des YAP (Young Rights Action Plan). Wien 2004

Kontakt und Bestellung: BMSG, Tel: +43-800-20 20 74

Download unter: www.yap.at

Den Täter am Hörer

Eine Hotline für gewalttätige Männer, die Hilfe suchen

Die Ziffernfolge **439258** ergibt auf der Tastatur das Wort **GEWALT** und ist gleichzeitig der anonyme telefonische Zugang für Gewalttäter zur Täter-Hotline. Mit dieser Einrichtung soll es Männern, die familiäre Gewalt gegenüber ihren Frauen und Kindern ausüben, erleichtert werden, professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen. Denn gerade im Fall innerfamiliärer Gewalt ist es oft schwer, an die Täter heranzukommen. Beim ersten telefonischen Kontakt wird versucht, den Täter davon zu überzeugen, dass er für sein Handeln verantwortlich ist und Hilfe braucht. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass der Großteil der Anrufer die Gelegenheit wahrnimmt, innerhalb einer Woche von einer Beratungsstelle in nächster Nähe kontaktiert zu werden, um einen Termin für ein Beratungsgespräch zu vereinbaren.

Nach dem Motto **Täterarbeit ist Opferschutz** wird die im Rahmen des DAPHNE-Programm der Europäischen Union geförderte Täter-Hotline seit Herbst 2003 zunächst regional in Hamburg, Oberösterreich und Luxemburg erprobt, fortlaufend evaluiert und verbessert. Hinter der Hotline steht die Europäische Gesellschaft Gewaltberatung Tätertherapie (EUGET), ein Zusammenschluss von Beratungsorganisationen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Zur dauerhaften Einrichtung der Täter-Hotline wird Unterstützung aus Politik und von Sponsoren gesucht.

Täter-Hotline: 01 805 439258

www.hotline.eu

Europäische Gesellschaft Gewaltberatung Tätertherapie (EUGET) | Tel: +49-5231-709 48 14 | Web: www.euget.org

S · E · R · V · I · C · E

BUCH

Liebe Eltern...

Eltern sein beinhaltet nicht nur erzieherische Aufgaben, sondern schließt auch andere Bereiche mit ein. Die neu gestalteten Elternbriefe sollen Eltern von Kindern bis zum 3. Lebensjahr sicher durch die verschiedenen Entwicklungsphasen des Kindes begleiten, ohne dabei auf die persönliche Situation von Mutter und Vater sowie Partnerschaftsfragen zu vergessen. Leicht verständlich und mit zahlreichen praktischen Tipps und Hinweisen versehen, sollen Eltern zur gewaltlosen Erziehung motiviert werden. Der gesellschaftliche Wandel und neue entwicklungspsychologische Erkenntnisse bilden den Hintergrund der Elternbriefe.

- 3 Elternbriefe: ■ Gut durch die ersten 8 Wochen
 ■ Das 1. Lebensjahr
 ■ Vom 1. bis zum 3. Geburtstag

Herausgegeben vom Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (BMSG), Wien 2004. Kostenloses Bestellservice: +43-800 20 20 74 oder E-Mail: broschuerenservice@bmsg.gv.at

BUCH

Wege aus der Elternfalle

Von Anfang an sind Eltern mit guten Ratschlägen von allen Seiten versorgt: ÄrztInnen und GesundheitsexpertInnen sagen ihnen, wie sie sich und ihre Kinder ernähren, bewegen und pflegen sollen; PsychologInnen erklären, wie gedacht und geredet werden soll usw. Wer das nicht tut, darf sich nicht wundern, wenn etwas schief geht. Alle reden und regieren mit - von Anfang an. Eltern, gerade weil sie gute Eltern sein wollen, sind in dieser genial konstruierten Elternfalle gefangen. Einerseits wird ihnen Machbarkeit suggeriert und andererseits wird der tatsächliche Einfluss von Eltern auf ihre Kinder immer geringer: Fernsehen, Werbung, Kindergarten usw. kommen als "Miterzieher" dazu. Die Autoren sind beide Psychotherapeuten und wollen in diesem Erziehungs-Fahrplan anhand vieler praktischer Beispiele den Eltern die Orientierung erleichtern und aufzeigen, wie sie dieser Falle entkommen können.

H. de Waal & Ch. Thoma: **Wege aus der Elternfalle. Was in der Erziehung wirklich getan werden kann.** Steyr: Ennsthaler 2003. 221 S. / ISBN 3-85068-617-5

TERMIN

Kindern zuhören

Kinder brauchen nicht nur materielle Versorgung, sondern vor allem Zeit - Zeit der Zuwendung, der Aufmerksamkeit, aber auch des Zuhörens. Um Kinder stark zu machen, müssen ihre Fragen, Gedanken und Anliegen ernst genommen werden - nicht nur im Kreise der Familie, sondern auch in der Politik. Das Podiumsgespräch "Kindern zuhören" soll Möglichkeiten des direkten Mitwirkens von Kindern erörtern. An der Veranstaltung, die im Rahmen des österreichischen Nationalen Aktionsplans stattfindet, nehmen teil: Staatssekretärin Ursula Haubner, Dr. Barbara Wagner-Tichy, Mag. Gabriela Peterschofsky-Orange und Prim. Dr. Werner Gerstl.

DATUM: 1. Juni 2004, 19 - 21 Uhr
 ORT: Gasthaus zur Mühle, Purkersdorferstraße 6, A-3100 St. Pölten
 VERANSTALTER: Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (BMSG), Tel: +43-1-71100-0

IMPRESSUM

Medieninhaber: Österreichisches Institut für Familienforschung | 1010 Wien | Gonzagagasse 19/8
 Hrsg: BMSG, Projektgruppe im ÖIF,
 Mag. Dr. Brigitte Cizek
 Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Rudolf K. Schipfer
 Redaktion: Mag. Christina Luef, Edeltraud Pürk
 DVR: 0855561
 P.b., Verlagspostamt: 1010 Wien
 Zulassungsnr: 02Z0318205
 KONTAKT: christina.luef@oif.ac.at